

US-DEMOKRATEN PLANEN TRUPPEN-ABZUG AUS DEM IRAK

„Raus, raus, raus“

Der Präsident verliert sein Gefolge: George W. Bush glaubt weiter an den Erfolg im Irak. Seine Bürger hat der Präsident dabei nicht mehr hinter sich. Die Demokraten, aber auch viele Republikaner wollen raus aus dem Irak. Die große Frage lautet: Wie? In Washington sucht man nach einer Antwort – mitmäßigem Erfolg.

VON MIKE SCHIER

Washington – Hier bekommt das Grauen einen Namen. „Names of the Dead“ (Namen der Toten) heißt die Kolumne, die seit vier Jahren jeden Tag in der „New York Times“ erscheint. Es ist nur ein unscheinbarer, kleiner Kasten in dieser dicken Zeitung. Doch die Wirkung ist enorm. Hier finden sich die Namen von 20-Jährigen wie Derek C. Dixon aus Riverside, Ohio. Manchmal sind auch Ältere dabei: Douglas A. Zembiac aus Albuquerque in New Mexiko wurde immerhin 34. Der bislang Letzte auf der Liste war gestern Shawn Hensel, auch er gerade mal 20. Er trägt die Nummer 3683.

3683 US-Soldaten hat der Irak-Krieg inzwischen das Leben gekostet. Und „gekostet“ ist sehr wörtlich zu nehmen. Denn überall in den Vereinigten Staaten haben sie zu rechnen begonnen: Sie addieren die Unsummen, die der Feldzug verschlingt. Mehr als 300 Millionen Dollar – pro Tag wohlgerne. Sie zählen die Verletzten und Verstümmelten – über 26 000. Dazu kommen die Unzähligen, die mit schweren psychischen Schäden vom Tigris zurückgekehrt sind und zuhause, in Wyoming, Arkansas oder Pennsylvania, nicht mehr in ihr altes Leben finden. Im vergangenen Jahr haben sich 99 Soldaten das Leben genommen, so viele wie seit 27 Jahren nicht. Das katastrophale Ergebnis dieser Rechnungen ist auch in

„Wir haben Milliarden Dollar für einen Krieg verschwendet, den wir nicht gewinnen können.“

DIANE WATSON, DEMOKRATIN

Washington angekommen. Zum Beispiel bei Diane Watson. Die kräftige Schwarze, der man ihre 73 Jahre nicht ansieht, ist eine äußerst freundliche und zuvorkommende Frau. Doch wenn das Thema auf den Irak kommt, kann sie ihren Ärger nicht unterdrücken. „Wir haben Milliarden Dollar von amerikanischen Steuerzahlern für einen Krieg verschwendet, den wir nicht gewinnen können“, schimpft Watson. Die demokratische Abgeordnete vertritt im Repräsentantenhaus, der größeren Kammer des US-Parlaments, einen problembeladenen Wahlkreis im Süden von Los Angeles. Watson wüsste dort viel mit dem Geld anzufangen, das in den Irak gepumpt wird. Für sie ist es höchste Zeit für den Rückzug. „Wir kämpfen jetzt länger im Irak als einst im Zweiten Weltkrieg. Und nach fünf Jahren kann uns niemand vorwerfen, dass wir uns aus der Verantwortung stehlen.“

Watson sagt diesen Satz über die Verantwortung, ohne dass man sie darauf angesprochen hätte. Die Demokraten, die 2008 den Präsidenten stellen dürften, wissen, wo die Probleme liegen: Erst haben sie diesem Krieg mehrheitlich zugestimmt, jetzt wollen sie alle raus aus dem Schlammassel – nur ein Konzept für den geordneten Rückzug bieten sie



Traurige Heimkehr: Die Liste der toten US-Soldaten wächst täglich – zum Ärger der Öffentlichkeit.

FOTO: DPA

nicht. Es bleiben bohrende Fragen: Bricht der Irak ohne Hilfe von außen auseinander? Sind die Amerikaner zum Bleiben verdammt?

Wer sich auf dem Kapitols- hügeln, wo das Parlament sitzt und die Demokraten bereits das Sagen haben, auf die Suche nach Antworten begibt, landet auch bei Brad Miller. Wie Diane Watson ist er Demokrat. Wie Watson sitzt er im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses. Und wie Watson hat er im Oktober 2002 gegen den Feldzug gestimmt und vor fatalen Folgen gewarnt. Nun wünscht er, er hätte nicht recht behalten.

Miller ist ein gut aussehender Mann, so wie man sich einen US-Abgeordneten vorstellt: groß gewachsen, die angegrauten Haare zum Scheitel gekämmt. Auf Besuch ist er eingestellt: Außer einem etwas chaotischen Schreibtisch besteht sein kleines Büro quasi nur aus einer gigantischen Sitzzecke. Und man kann nur staunen, wie Miller da so ele-

Der Baker-Plan

Bereits im Dezember hat die aus Demokraten und Republikanern bestehende Kommission den Abzug aller Kampftruppen bis Anfang 2008 empfohlen. Stattdessen sollen die diplomatischen Bemühungen ausgebaut und dabei auch Syrien und der Iran einbezogen werden. Vor allem diese Forderung war Grund für Bushs Ablehnung.

gant und gut aussehend in seinem schwarzen Sessel thront – und dem Besuch aus Europa eine Ungeheuerlichkeit nach der nächsten verkündet. „Es gibt einen Bürgerkrieg im Irak. Und zusätzlich gibt es noch einen Aufstand gegen die US-Truppen“, sagt er. Das ist für amerikanische Verhältnisse mehr als schonungslos.

Aber Miller wird noch deutlicher: Was passiert, wenn sich jetzt die US-Truppen aus dem Irak zurückziehen? „Die wahrscheinlichste Folge wäre

Der Biden-Plan

Der Außenpolitiker Joseph Biden schlägt vor, den Irak in drei autonome Sektoren zu gliedern – nach Volksgruppen getrennt in Schiiten, Sunniten und Kurden. Als Vorbild dient das Bosnien der 90er-Jahre. Im Irak wären demnach nur noch rund 50 000 US-Soldaten notwendig, die den Kampf gegen El Kaida fortführen sollen.

ein Bürgerkrieg, der eine Dekade oder sogar eine ganze Generation dauern könnte.“ Und trotzdem will er den Abzug? „Den Bürgerkrieg wird es geben – egal ob wir den Irak in zehn Minuten oder in zehn Jahren verlassen.“

Ganz so radikal äußern sich die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten natürlich nicht. Einzige Ausnahme ist der Gouverneur von New Mexiko, Bill Richardson, der neulich verkündete: „Ich habe einen Ein-Punkt-Plan, um

den Irak zu verlassen: Raus, raus!“ Die Pläne der übrigen Bewerber umfassen mehrere Punkte und viele Zwischentöne. Fast alle sehen zwar einen Abzug vor, veranschlagen dafür aber mehrere Jahre.

„Wir müssen auf das Schlimmste vorbereitet sein, über das bislang kaum einer spricht: dass es zu einem Genozid kommt und die Schiiten versuchen, die Sunniten systematisch zu eliminieren“, warnte beispielsweise John Edwards, den viele als möglichen Vize-Präsidenten von Hillary Clinton sehen. Wie Edwards will auch Clinton einige Truppen im Irak belassen, allein schon um Terroristen zu bekämpfen und den in den vergangenen Tagen stärker ins Blickfeld gerückten kurdischen Norden des Iraks vor Übergriffen zu schützen. Trotzdem wiederholt sie überall ihre Botschaft: „Wenn dieser Präsident den Krieg nicht beendet, bevor er aus dem Amt scheidet, werde ich es als Präsidentin tun.“



David H. Petraeus

legt im September einen Bericht vor, der für die neue Strategie entscheidend ist



John Edwards

warnet vor einem Genozid, falls die USA alle Truppen aus dem Irak abziehen

3 FRAGEN AN



Peter Lemke

Sinnvolle Reise der Kanzlerin

Seit gestern besucht die Klima-Reisende Angela Merkel Grönland. Der Bremerhavener Klimaforscher Peter Lemke bewertet die Visite der Kanzlerin positiv. Lemke leitet den Klimabereich am Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung.

Die Bundeskanzlerin wird auf ihrer Grönland-Reise große Gletscher besichtigen. Ist das langsame Sterben der Eismassen auf der Insel für das nicht geübte Auge sichtbar?

Ich denke schon. Frau Merkel ist Physikerin. Und sie wird vor Ort sicher Hinweise dafür bekommen, wie sich die Gletscher im Verlauf der letzten zehn Jahre verändert haben. Das Abschmelzen der Eiskappe und der Massenverlust über das Abbrechen von Eisbergen an den Gletscherzungen hat sich in den vergangenen zehn Jahren klar verstärkt.

Halten Sie als Experte Besuche von Politikern „an der Front“ des Klimawandels für sinnvoll?

Es ist gut, dass sich eine Bundeskanzlerin mit dem Klimawandel auch dort auseinandersetzt, wo die Folgen besonders gut zu erkennen sind. Politiker sollten mit eigenen Augen sehen, wo und wie der Klimawandel stattfindet. Die Auswirkungen sind allerdings auch in den Alpen deutlich sichtbar. Die Gletscherzungen werden kleiner. Auf den Gletschern sieht es zum Teil schmutzig aus, weil im Winter gefallener Neuschnee rasch schmilzt.

Birgt der Rückgang der Eismassen tatsächlich die Gefahr, dass es in Europa verstärkt zu Flutkatastrophen kommen könnte, Gebiete langfristig sogar ganz von der Landkarte verschwinden könnten?

Das Abschmelzen der Gletscher trägt wesentlich zum Anstieg des Meeresspiegels bei. 0,8 Millimeter Anstieg pro Jahr resultieren allein durch den Rückgang der Gletscher in Gebirgen. 0,2 Millimeter gehen zusätzlich auf das Konto des Rückgangs der Eismassen in Grönland und weitere 0,2 Millimeter auf den Eisverlust in der Antarktis. Außerdem dehnen sich die Ozeane durch die Erderwärmung aus. Das bedeutet, dass die Meere in den kommenden 100 Jahren um 30, vielleicht auch um 60 Zentimeter ansteigen werden. Für Deutschland dürfte dies kein Problem darstellen, da die Deiche erhöht werden können. Aber ein Land wie Bangladesch lässt sich nicht eindeutig. Zu rechnen ist aber damit, dass es mehr Wetterextreme geben wird. Je mehr Feuchtigkeit in der wärmeren Atmosphäre ist, desto mehr kann es zu heftigen Gewittern, Starkregen und auch zu Stürmen kommen.

Interview: Ulrich Scharlack